

Wie teuer ist billiger Strom?

Die umstrittenen Kosten der Atomkraft und die Zukunft der Energieversorgung

Rums! Es kracht in der großen Koalition. Der Gas-Streit zwischen Russland und der Ukraine und dessen Folgen hat einen ruhig vor sich hin wabernden Dissens zwischen den Großkoalitionären nach oben katapultiert. »War der Ausstieg aus der Kernenergie ein Fehler? « Mit dieser Frage beschäftigen sich nicht nur die Kunden beim Blick auf ihre Stromrechnung. Nein, diese Frage treibt auch deutsche Spitzenpolitiker derzeit um. Obwohl der Koalitionsvertrag vom November des vergangenen Jahres eine deutliche Sprache spricht. Das Atomgesetz der rot-grünen Regierung soll nicht angetastet werden; es soll dabei bleiben, dass in Deutschland in den nächsten 15 Jahren alle Atomkraftwerke vom Netz genommen werden. Für Hessens Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) ist dies widersinnig: Ein Land, das gerade darum kämpfe, nicht zu teuer zu werden, könne sich »diesen volkswirtschaftlichen Unsinn nicht leisten, die sicheren Kernkraftwerke abzuschalten, die billigen Strom produzieren «.

Aber ist Atomstrom wirklich so billig, wie von vielen Politikern behauptet wird? Der Bundesverband Christlicher Demokraten gegen Atomkraft (CDAK) behauptet »Nein«. Atomstrom schlage in Wirklichkeit mit mindestens zwei Euro pro Kilowattstunde zu Buche. Dabei bezieht sich der Verband auf eine Studie, die das Baseler Beratungsunternehmen Prognos AG im Jahr 1992 im Auftrag des damaligen Bundeswirtschaftsministeriums erstellt hat. Bei der Berechnung der Kosten von Atomstrom würde in einem entscheidenden Punkt gemogelt. »Für den Fall eines Super-GAU sind alle 1300-Megawatt-Anlagen mit einer Summe von 2,5 Milliarden Euro versichert«, hat die Naturschutzorganisation Greenpeace ermittelt. »Damit sind die deutschen Atomkraftwerke extrem unterversichert«, sagt CDAK-Bundesvorsitzender Detlef Chrzonsz. Die Versicherungssumme decke nur einen verschwindend geringen Bruchteil eines möglichen Schadens ab. Denn bei einem Super-GAU könnte ein Schaden von über 10 Billionen Euro entstehen, sagt Chrzonsz. Greenpeace geht unter Berufung auf die Wissenschaftler Hans-Jürgen Ewers und Klaus Rennings von noch höheren Schadenssummen aus. Die Wissenschaftler prognostizierten in ihrem Buch »Die monetären Schäden eines Super-GAUs in Biblis« Schadenssummen von bis zu 2400 Billionen. Hinzu kommt, dass nach Ansicht des CDAK die Wahrscheinlichkeit eines Reaktorstörfalls durch die erhöhte Terrorgefahr gestiegen ist. Greenpeace nennt noch einen weiteren Punkt, der die Kosten des Atomstroms nach oben treiben könnte. Das seien die Rückstellungen in den Bilanzen der Atomkonzerne. Damit müssen sie für Atom Müll und Rückbau stillgelegter Atomanlagen Vorsorge treffen. Bis heute seien etwa 29 Milliarden Euro zusammengekommen. Da diese Rückstellungen als Kosten in den Bilanzen die Gewinne senken, bezahlen die Konzerne dadurch geringere Steuern. Das Geld verwalten die Konzerne selbst und finanzieren damit ihre Geschäfte. »Das bedeutet, dass diese Gelder im Falle einer Firmenpleite verloren sind«, sagt Thomas Breuer, Atomexperte von Greenpeace. Diese Regelung spare den Atomkonzernen jährlich mindestens eine Milliarde Euro an Finanzierungskosten, was auch zu einer Wettbewerbsverzerrung am Strommarkt führe. Das Risiko dieser verfehlten Politik der Bundesregierung trage der Steuerzahler. »Denn dass auch große Firmen Pleite gehen können, ist seit Enron und Worldcom kein Geheimnis mehr«, sagt Breuer.

Überzeugend sind die Kalkulationen und Ermittlungen von CDAK und Greenpeace jedoch längst nicht für jeden. Nach Berechnungen von Ulrich Fahl, Leiter der Abteilung Energiewirtschaft und Systemtechnische Analysen der Universität Stuttgart, liegt der Preis für eine Kilowattstunde Atomstrom bei vier Cent. »Davon entfallen drei Cent auf die Gestehungskosten des Stroms und ein Cent auf alle externen Kosten.« In den so genannten Gestehungskosten seien die Kosten für den Bau und Abriss von Kraftwerken, deren Wartung, die Entsorgung von Brennelementen, Versicherungsleistungen und Brennstoffkreislaufkosten enthalten. Die externen Kosten enthalten alle Kosten, die der Staat zu tragen hat. »Darin sind auch die Kosten für einen möglichen Reaktorunfall enthalten«, sagt Fahl. Jedoch sei in diese Berechnungen auch die Wahrscheinlichkeit eines Störfalls eingeflossen. Trotzdem steht auch für ihn außer Frage, dass erneuerbare Energien in Zukunft immer stärker genutzt werden

sollten. »Die eigentliche Frage ist doch: Wie schnell können erneuerbare Energien einen größeren Beitrag zur Energieversorgung leisten?« Sonne und Wind sind eben in Deutschland nicht jederzeit verfügbar. »Der Strom von Fotovoltaik-Anlagen ist mit 68 Cent pro Kilowattstunde teuer, weil die Anschaffung der Anlagen viel Geld kostet und sie nicht optimal ausgelastet werden können.« Biomasse und Erdwärme sind nach Fahls Überzeugung Möglichkeiten, um zukünftig von Atomstrom immer unabhängiger zu werden. So weit ist es jedoch noch nicht. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums kamen im Jahr 2004 erst knapp zehn Prozent des Stroms in Deutschland von erneuerbaren Energien. Deshalb stellt sich die Frage: »Wie schnell kann man auf Kernenergie verzichten?« Die Antwort darauf fällt unterschiedlich aus, je nachdem wie die Kosten berechnet werden. Fritz Vahrenholt, ehemaliger SPD-Umweltsenator von Hamburg und Windenergie-Unternehmer, hält es nicht für richtig, sich sofort von der Kernenergie zu verabschieden: »Ich glaube, dass eine Verlangsamung des Ausstiegsprozesses auch für die erneuerbaren Energien hilfreich ist.« Jene, die die Kosten der Kernenergie und ihre Gefahren hoch einschätzen, fordern einen schnellen Ausstieg aus der Atomenergie. Für sie ist jede Alternative billiger und sicherer.

Kerstin Liesem

Publik-Forum, Postfach 2010, D-61410 Oberursel, redaktion@publik-forum.de